

7. Juli 2025

Frühjahrskonjunkturumfrage:

Dürre Lage, ein bisschen Hoffnung in Schleswig-Holstein

„Die Frühjahrs-Konjunkturumfrage 2025 der norddeutschen Arbeitgeberverbände belegt für Schleswig-Holstein nach wie vor die kritische Lage vieler Unternehmen im dritten Krisenjahr. Die Erwartung an ein baldiges Ende der Rezession ist schwach, auch die politischen Rahmenbedingungen machen nur ein bisschen Hoffnung“, resümiert der Mitte Juni wiedergewählte **NORDMETALL-Vizepräsident für Schleswig-Holstein, Robert Focke**.

206 Mitgliedsbetriebe mit rund 101.000 Beschäftigten haben sich bis zum Mai an der Umfrage von NORDMETALL, AGV NORD und den Arbeitgeberverbänden in Bremen, Emden, Oldenburg und Wilhelmshaven beteiligt, in Schleswig-Holstein waren es 75 Betriebe mit knapp 24.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Immer noch beurteilt jeder dritte Betrieb die Geschäftslage als schlecht oder unbefriedigend (Schleswig-Holstein: 28 Prozent), der Anteil der Zufriedeneren im Norden ist gegenüber dem letzten Herbst gerade mal um sieben Prozent gestiegen. Nur im Luft- und Raumfahrzeugbau bewerten fast zwei Drittel der Firmen die Lage mit „gut“. Am Negativende der Skala rangieren die Metallerzeuger und Gießereien (58 Prozent „unbefriedigend“ oder „schlecht“), es folgt der Straßenfahrzeugbau mit 57 Prozent.

Beim Ausblick auf die kommenden sechs Monate erwarten 57 Prozent der Firmen in Norddeutschland Stagnation (Schleswig-Holstein: 55 Prozent), nur 22 Prozent eine Verbesserung (Schleswig-Holstein: 24 Prozent), 21 Prozent im gesamten Norden und in Schleswig-Holstein sogar eine Verschlechterung. Am optimistischsten geben sich die Hamburger Unternehmen mit 26 Prozent Verbesserungserwartung. Die Auftragsbestände im Norden werden nur im Luft- und Raumfahrzeugbau mit 91 Prozent als hoch oder ausreichend eingeordnet. In allen anderen Branchen beklagen zwischen 31 Prozent (Elektrotechnik) und 50 Prozent (Straßenfahrzeugbau) das Ausbleiben von Bestellungen.

Den Personalbestand erhöhen wollen in den kommenden drei Monaten 23 Prozent der Schleswig-Holsteinischen Industriebetriebe, 60 Prozent planen keine Veränderungen, 11 Prozent wollen Personal abbauen – Werte, die praktisch mit denen des vergangenen Herbstes übereinstimmen. Insgesamt ergibt sich in der gesamten norddeutschen Industrie ein Einstellungsbedarf von gerade mal 150 Beschäftigten.

Geschäftsstellen **NORDMETALL** und **AGV NORD**



Kontakt zum Pressesprecher

Alexander Luckow,
Leiter Kommunikation und Wirtschaft
Tel.: 040 6378 4231
Mobil: 0172 260 50 39
E-Mail: luckow@nordmetall.de

Social Media

[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

Pressemitteilungen und Fotos: www.nordmetall.de/presse und
www.agvnord.de/presse

Die Arbeitgeberverbände NORDMETALL und AGV NORD vertreten 690 Unternehmen mit zusammen 170.000 Beschäftigten in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und im nordwestlichen Niedersachsen. Schwerpunktbranche ist die Metall- und Elektroindustrie. Dazu gehören Maschinen- und Schiffbauer, Firmen aus Luftfahrt- und Automobilindustrie, Stahlproduzenten genauso wie Spezialisten aus Medizin- und Elektrotechnik. Mit allein 140.000 Beschäftigten bildet diese Industrie das Herz der norddeutschen Wirtschaft.

Eine schlechte oder unbefriedigende Verfügbarkeit von Fachkräften melden immer noch 58 Prozent der Unternehmen im gesamten Norden (Schleswig-Holstein: 51 Prozent), geringfügig weniger als im vergangenen Herbst. In Mecklenburg-Vorpommern wird die Fachkräftelage sogar von 68 Prozent negativ eingeschätzt, gefolgt von Hamburg mit 64 Prozent. Bei den Auszubildenden sehen immerhin 50 Prozent der norddeutschen Betriebe eine gute oder zufriedenstellende Verfügbarkeit von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, sechs Prozent mehr als Ende 2024.

Ein kleiner Lichtblick: Glaubten seit Jahren rund zwei Drittel der norddeutschen Industrieunternehmen, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland an Attraktivität verliert, sind es jetzt nur noch 49 Prozent. Doch plant noch immer jeder fünfte Betrieb (21 statt zuvor 22 Prozent) Produktionsverlagerungen ins Ausland. Als besonders erschwerende Wirtschaftsfaktoren werden mit konstanten 84 Prozent die Arbeitskosten gewertet, gefolgt von der Bürokratie in Deutschland (67 Prozent), der internationalen Politik (64 Prozent; stark gestiegen) und den Energiekosten (55 Prozent; etwas gesunken).

Die Erwartungen der norddeutschen Unternehmen an bessere politische Rahmenbedingungen sind nach wie vor verhalten: 48 Prozent erwarten keine Profite dank des 500-Milliarden-Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (Schleswig-Holstein: 50 Prozent), 44 Prozent geringe Aufträge (Schleswig-Holstein: 45 Prozent), acht Prozent deutlich mehr Bestellungen (Schleswig-Holstein: Fünf Prozent). Die Hoffnungen auf stärkere Auftragseingänge aufgrund der ausgeweiteten Verteidigungsausgaben des Bundes sind noch geringer: 59 Prozent der Firmen erwarten keinen Profit, in Mecklenburg-Vorpommern sogar 68 Prozent, im nordwestlichen Niedersachsen 62 Prozent (Schleswig-Holstein: 55 Prozent). Starke Befürchtungen angesichts der drohenden Zollerhöhungen durch die USA hegen nur 16 Prozent der Unternehmen, in Bremen mit einem Drittel allerdings überdurchschnittlich viele.

NORDMETALL-Vizepräsident Robert Focke, der auch Geschäftsführer bei BAADER in Lübeck ist, bilanziert: „Die Lage der Schleswig-Holsteinischen Industrie hat sich zwar nicht weiter verschlechtert, aber auch nicht signifikant verbessert. Die Unternehmen befinden sich in Wartestellung, hoffen darauf, dass ihre Erwartungen an die neue Bundesregierung durch konkrete Veränderungen bald erfüllt werden – mit schnell wirksamem Bürokratieabbau, steuerlichen Entlastungen und einer erleichterten Fachkräftepolitik. Erste positive Hoffnungsschimmer dafür sind da, eine echte Aufbruchstimmung muss aber erst noch entstehen.“